

AHK
World Business Outlook
Frühjahr 2022

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen
Auslandshandelskammern, Delegationen und
Repräsentanzen

#GemeinsamWeltweit

DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Entwicklung der Weltwirtschaft

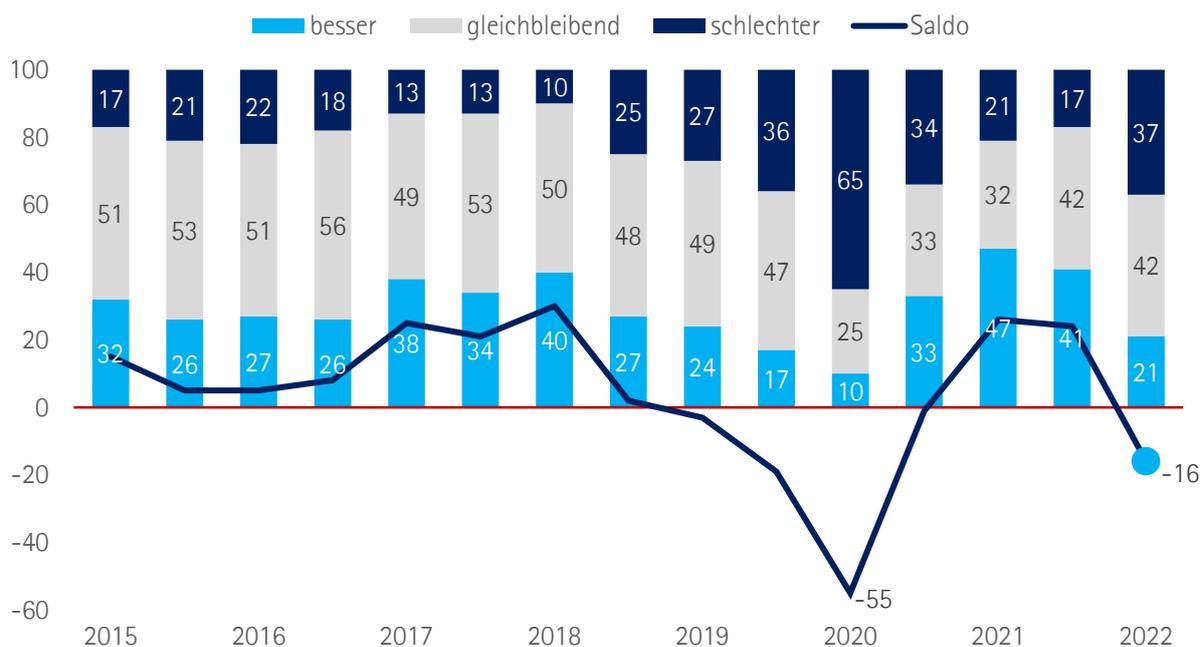
Konjunkturerwartungen deutscher Unternehmen im Ausland

Die Weltwirtschaft befindet sich im Krisenmodus. Die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sind noch nicht vollständig überwunden, vielmehr sorgen harte Lockdowns in China im Rahmen der Null-Covid-Politik im Frühjahr für verschärfte Probleme in den globalen Lieferketten. Hinzu kommt der russische Überfall auf die Ukraine, dessen wirtschaftliche Folgen die Weltkonjunktur trüben und auch die deutschen Unternehmen an ihren internationalen Standorten spüren.

Lediglich 21 Prozent der weltweit mehr als 4.200 von den AHKs befragten Unternehmen rechnen mit einer Verbesserung der Konjunktur an ihren jeweiligen Standorten. Das ist eine Halbierung seit der letzten Umfrage (41 Prozent). Der Anteil der Betriebe, die von einer Verschlechterung der Wirtschaftsleistung vor Ort ausgehen hat sich hingegen von 17 Prozent auf 37 Prozent mehr als verdoppelt. Der resultierende Saldo aus besser- und schlechter-Bewertungen sinkt von 24 Punkten im Herbst 2021 auf aktuell minus 16 Punkte. Der Einbruch der Erwartungen um 40 Punkte fällt damit stärker aus als zu Beginn der Coronavirus-Pandemie (damals waren die Konjunkturerwartungen von Herbst 2019 zu Frühjahr 2020 um 36 Punkte eingebrochen).

Zwar sind die eingetrübten Konjunkturerwartungen global zu beobachten. Es zeigen sich aber dennoch Unterschiede zwischen den Weltregionen. In den ost- und südosteuropäischen Staaten, die – nach der Ukraine – am unmittelbarsten von den Folgen des Krieges betroffen sind, und in China, dessen Wirtschaft unter den pandemiebedingten Lockdowns leidet, überwiegen die negativen Konjunkturerwartungen am deutlichsten. In der EU, dessen Staaten zum Teil in hohem Maße von russischen Energieimporten abhängig sind, sind die Aussichten ebenfalls sehr negativ. Allein in Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko) rechnen aktuell noch mehr Unternehmen mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung als mit einer Verschlechterung.

Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit



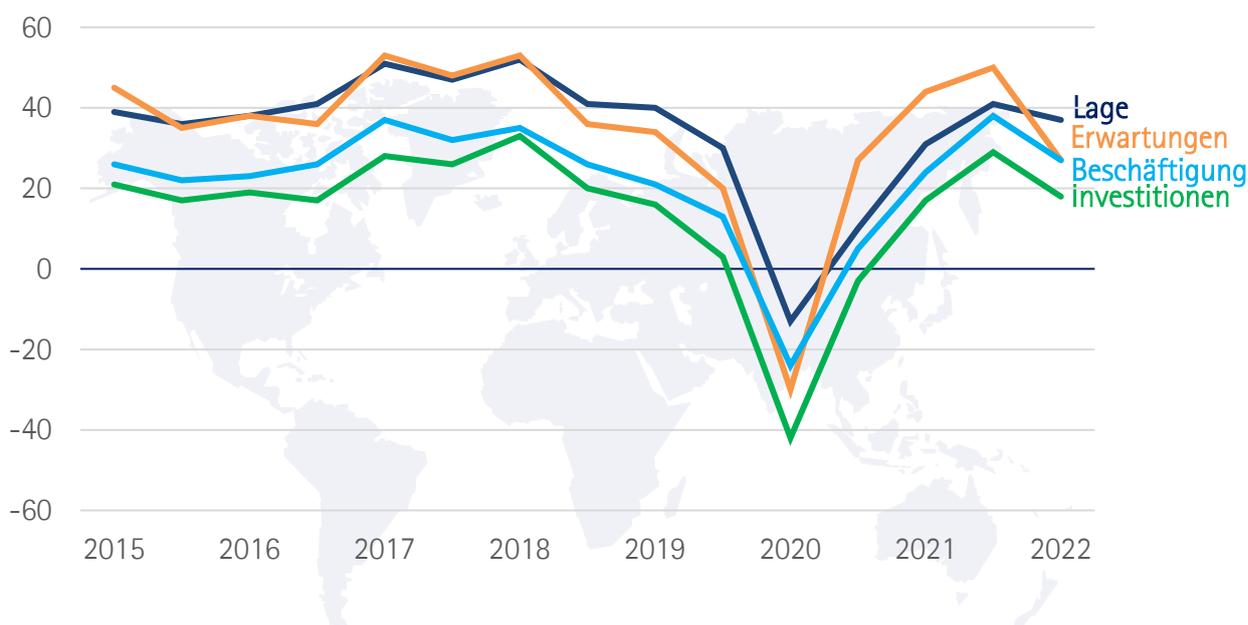
Geschäftslage und -erwartungen, Investitions- und Beschäftigungsabsichten

Mit Eintrübung der Weltkonjunktur sinken auch die Erwartungen an die Entwicklung der eigenen Geschäfte der Unternehmen im Ausland. 42 Prozent erwarten in den kommenden zwölf Monaten bessere Geschäfte, 15 Prozent schlechtere, 43 Prozent gehen von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Der resultierende Saldo aus besser- und schlechter-Bewertungen sinkt auf 27 Punkte, beinahe eine Halbierung im Vergleich zur Vorumfrage (50 Punkte). Zwar sind die Unternehmen optimistischer mit Blick auf die eigene Geschäftsentwicklung als mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung ihres Gastlandes insgesamt. Die gedämpften Erwartungen wirken sich aber negativ auf die geplanten Investitionsausgaben aus, da die Unsicherheiten für die kommenden Monate groß sind. Weltweit planen 36 Prozent mit höheren Investitionsausgaben, 18 Prozent wollen ihre Investitionen verringern. Der Saldo aus höheren und geringeren Investitionsausgaben sinkt von 29 Punkten in der Vorumfrage auf 18 Punkte. Auch die Beschäftigungsabsichten fallen: 37 Prozent der Unternehmen weltweit wollen ihren Personalbestand aufstocken, zehn Prozent wollen ihn verringern. Der Saldo aus höheren und geringeren Beschäftigungsplänen sinkt von 38 Punkten in der Vorumfrage auf 27 Punkte.

Ihre aktuelle Geschäftslage bewerten die Unternehmen indes weltweit überwiegend gut. 48 Prozent berichten von einer guten Geschäftslage, nur 11 Prozent von einer schlechten. Der resultierende Saldo aus gut- und schlecht-Bewertungen sinkt im Vergleich zur Vorumfrage nur leicht (Saldo von 37 nach zuvor 41 Punkten). Für 41 Prozent laufen die aktuellen Geschäfte immerhin befriedigend.

Deutsche Unternehmen im Ausland

Saldo in Punkten



Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland

Rohstoffpreise (55 Prozent) und Energiepreise (46 Prozent) zählen für die deutschen Unternehmen im Ausland weiterhin zu den größten Geschäftsrisiken – besonders in Europa. Aufgrund von Lieferschwierigkeiten und einer hohen globalen Nachfrage sind die Preise einzelner Rohstoffe bereits seit verganginem Jahr deutlich gestiegen. Hohe Energiepreise verzeichnen die Unternehmen insbesondere seit Beginn des Krieges in der Ukraine. Das Risiko hoher Energiepreise hat im Vergleich zur Vorumfrage mit 23 Prozentpunkten besonders stark zugenommen.

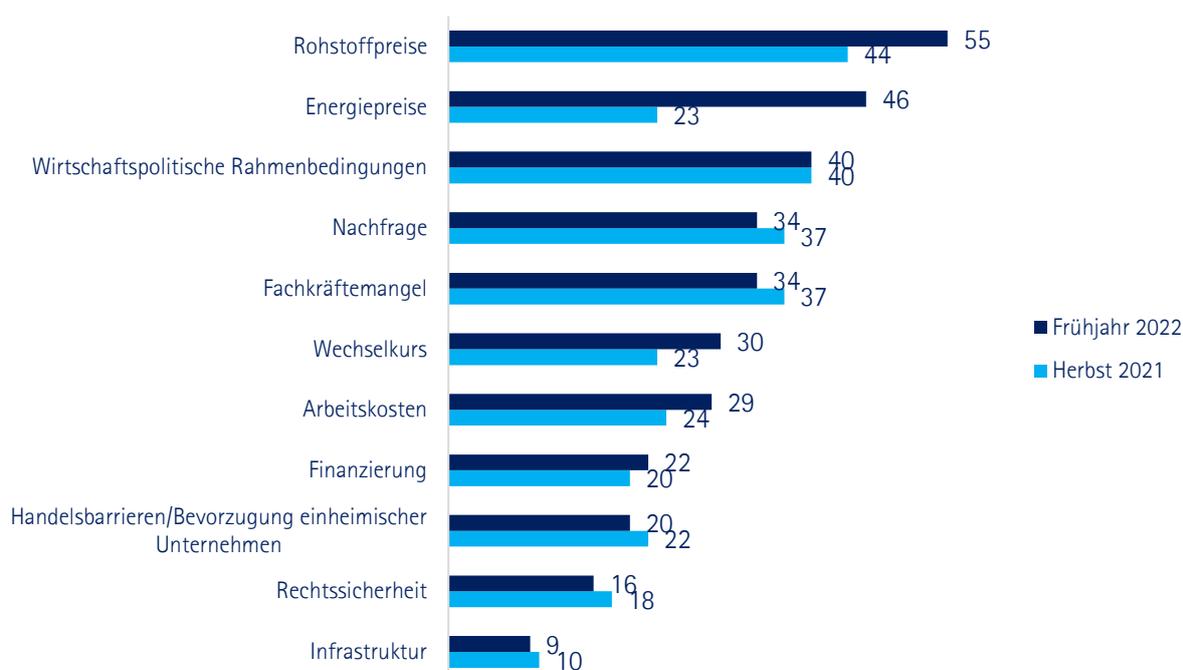
Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen werden von 40 Prozent der Unternehmen als Geschäftsrisiko genannt – vor allem in Süd- und Mittelamerika. Das Wechselkursrisiko steigt im Vergleich zur Vorumfrage deutlich (30 nach zuvor 23 Prozent). Besonders häufig berichten Unternehmen etwa in der Türkei (74 Prozent) und in Argentinien (67 Prozent) davon. In beiden Ländern sind die Inflationsraten sehr hoch und damit die Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Wechselkurse.

29 Prozent der Unternehmen sehen in Arbeitskosten einen Risikofaktor für ihr Geschäft – so viele wie noch nie seit 2015. Dahinter kann die Sorge der Unternehmen stehen, dass mit den höheren Inflationsraten die Lohnforderungen der Arbeitnehmer steigen. Aufgrund der etwas verringerten Beschäftigungsabsichten verliert das Risiko Fachkräftemangel im Vergleich zur Vorumfrage leicht an Bedeutung (34 nach zuvor 37 Prozent). Das Finanzierungsrisiko steigt etwas – auf 22 Prozent.

Die Nachfrage wird weltweit von weniger Unternehmen als zuletzt als Geschäftsrisiko eingeschätzt (34 nach 37 Prozent in der Vorumfrage) und erreicht den niedrigsten Wert seit 2015. Trotz schwächelnder Weltkonjunktur scheinen für die Unternehmen angebotsseitige Engpässe und Risiken gegenüber Nachfragerisiken zu dominieren. Am häufigsten nennen Unternehmen an ihren Standorten in Greater China das Nachfragerisiko (49 Prozent).

Risiken für die Weltwirtschaft in den kommenden zwölf Monaten

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



Auswirkungen der russischen Invasion in die Ukraine

Der russische Angriff auf die Ukraine wirkt sich über verschiedene Kanäle – wie etwa Lieferkettenstörungen, Preissteigerungen und zunehmende Handelshemmnisse – auf die Weltwirtschaft aus, die auch die deutschen Unternehmen an ihren internationalen Standorten spüren.

Auswirkungen der russischen Invasion in die Ukraine auf die Unternehmen

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



Am häufigsten machen sich bei den Unternehmen gestiegene Kosten für Energie, Rohstoffe und Vorleistungen bemerkbar (66 Prozent). Überdurchschnittlich häufig geben dies Unternehmen in der Eurozone (77 Prozent) und in der Gruppe der weiteren EU-Staaten wie Ungarn oder Polen (74 Prozent) an. Europa weist bei russischen Energieimporten eine hohe Abhängigkeit auf – die nun nach und nach abgebaut wird. In Folge des Krieges und der Sanktionen machen den Unternehmen deutliche Preissteigerungen zu schaffen. In einem Freitextfeld hatten die Unternehmen die Möglichkeit, die wirtschaftlichen Folgen genauer zu beschreiben. Neben den Energie- und Rohstoffkosten geben die Unternehmen oft erhöhte Transportkosten an.

Mit 53 Prozent berichtet mehr als die Hälfte der Unternehmen von Störungen in der Lieferkette und Logistik. Überdurchschnittlich häufig betroffen fühlen sich Unternehmen etwa im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) (61 Prozent), in China (58 Prozent) und in Nordamerika (60 Prozent). Neben den Verwerfungen in internationalen Lieferketten, die auf die russische Invasion zurückzuführen sind, machen sich in Asien auch die coronabedingten Lockdowns in chinesischen Großstädten bemerkbar. In der Folge kommt es zu einer langsameren Abfertigung von Containerschiffen. 39 Prozent der deutschen Unternehmen weltweit melden fehlende Rohstoffe und Vorleistungen, 17 Prozent müssen ihre Produktion drosseln oder stoppen. In der Eurozone sind es sogar 22 Prozent der Unternehmen, die ihre Produktion zurückfahren müssen. Unter den Unternehmen, die Lieferkettenstörungen angeben, berichten sogar 55 Prozent von fehlendem Material und 26 Prozent von einer verringerten Produktion.

Neben den Herausforderungen in ihren Lieferketten spüren die Unternehmen weitere Belastungen für das internationale Geschäft: 21 Prozent der Unternehmen nehmen eine Zunahme von Handelshemmnissen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Folgen des Krieges wahr, 20 Prozent berichten von abgebrochenen Geschäftsbeziehungen bzw. dem Verlust von Geschäftspartnern. 14 Prozent der Unternehmen haben Hindernisse im Zahlungsverkehr und 15 Prozent verzeichnen eine erhöhte Rechtsunsicherheit. Generell werden diese Folgen häufiger von Unternehmen in EU-Staaten genannt als in anderen Regionen.

Aufgrund der verhängten Sanktionen gegen Russland sind besonders die dort ansässigen Unternehmen Einschränkungen in ihrem internationalen Geschäft betroffen. Unter ihnen sind es 83 Prozent, die eine Zunahme von Handelshemmnissen wahrnehmen, 70 Prozent haben Geschäftspartner verloren oder Geschäftsbeziehungen selbst abgebrochen, zwei Drittel (65 Prozent) spüren Hindernisse im Zahlungsverkehr und jedes zweite Unternehmen berichtet von einer erhöhten Rechtsunsicherheit. Die Sanktionen umfassen etwa Ausfuhrverbote von bestimmten Gütern in die russische Föderation und zahlreiche Einschränkungen auf dem Finanz- und Kapitalmarkt für russische Akteure. Auch Unternehmen mit Niederlassungen in Belarus – gegen das Land wurden ebenfalls Sanktionen im Zusammenhang mit der russischen Invasion verhängt – sind Unternehmen überdurchschnittlich häufig mit Handelshemmnissen (67 Prozent), Verlust von Geschäftspartnern (71 Prozent) und Hindernissen im Zahlungsverkehr (60 Prozent) konfrontiert.

Weltweit nehmen lediglich neun Prozent der Unternehmen keine Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine wahr. In Europa ist die Betroffenheit größer als in anderen Weltregionen. In Ost- und Südosteuropa sind es nur fünf Prozent der Betriebe, die keine Auswirkungen spüren, in der Eurozone sind es sechs Prozent. Am geringsten ist die Betroffenheit in China: Dort geben 15 Prozent der Betriebe an, keine Auswirkungen wahrzunehmen.

Insgesamt berichten die Unternehmen von einer großen Unsicherheit über die künftige Entwicklung ihrer Geschäfte. Nur für wenige Unternehmen scheinen sich die Auswirkungen des Krieges positiv auf die Geschäfte auszuwirken. Fünf Prozent verzeichnen eine Zunahme von Auftragseingängen und drei Prozent verzeichnen eine höhere Produktion. Etwas häufiger als im Durchschnitt berichten Unternehmen in den USA von höheren Auftragseingängen (sechs Prozent) und höherer Produktion (acht Prozent).

Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung

Ein Großteil der Unternehmen erwartet langfristige Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung. Erst die Corona-Pandemie und zusätzlich der russische Krieg in der Ukraine sorgen bei vielen Unternehmen für eine Überarbeitung eigener Strategien oder einer veränderten Wahrnehmung des politischen Umfeldes.

Lediglich 13 Prozent rechnen nicht damit, dass sich am bisherigen Modell etwas ändern wird. Zwischen den Regionen unterscheiden sich die Annahmen der Unternehmen, ob und welche Änderungen es geben wird. So geht ein Fünftel der Unternehmen mit Sitz in Afrika sowie dem Nahen und Mittleren Osten nicht von Veränderungen aus. In Süd- und Mittelamerika sind es 18 Prozent. Unternehmen an ihren Standorten in Greater China sowie in der Eurozone rechnen hingegen häufiger mit Veränderungen – dort gehen jeweils nur neun Prozent davon aus, dass es beim aktuellen Stand bleibt.

Erwartete langfristige Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



36 Prozent der deutschen Unternehmen weltweit erwarten eine Veränderung von Transportwegen. Überdurchschnittlich oft geben dies Betriebe in Großbritannien (78 Prozent), Russland (74 Prozent) und China (53 Prozent) an. Die aktuellen Probleme in der internationalen Logistik – bspw. Engpässe von Containern, Mangel an LKW-Fahrern – zwingen die Unternehmen dazu, ihre Logistik neu aufzustellen.

35 Prozent der Unternehmen werden künftig Geschäftsbeziehungen in bestimmten Regionen einschränken, über ein Drittel (34 Prozent) wird die Risikobewertung für ihre internationalen Standorten überarbeiten. Dabei geht es um eine Neubewertung von geopolitischen Risikofaktoren, wie sie Unternehmen angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine, aber auch wegen weltweiter Entkopplungstendenzen durchführen. Zudem geht es um Faktoren wie z.B. dem Umgang bei der Eindämmung der Coronavirus-Pandemie. So nennen etwa mit 57 Prozent in Hongkong und mit 47 Prozent in Festland-China überdurchschnittlich viele Unternehmen eine veränderte Risikobewertung. Die strengen pandemiebedingten Lockdowns und Reisebeschränkungen erschweren es den dort niedergelassenen Unternehmen den Betrieb aufrecht zu erhalten. Im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) überdenken die Unternehmen ebenfalls häufiger als im Durchschnitt ihre Risikobewertung (42 Prozent).

Etwas mehr als ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) erwartet sogar eine Zunahme von politischem Einfluss auf ihre Lieferketten, etwa durch Gesetze oder Handelshemmnisse. Das bedeutet, dass Unternehmen zunehmend bei Entscheidungen über Lieferanten, Transportwege und Produktionsstandorte neben rein betriebswirtschaftlichen auch politische Faktoren einbeziehen müssen. Besonders häufig nennen dies Unternehmen mit Niederlassung in Russland (74 Prozent) und China (42 Prozent). Unternehmen in Nordamerika (29 Prozent) und Süd- und Mittelamerika (25 Prozent) geben dies etwas seltener an als im weltweiten Durchschnitt.

Über ein Viertel der Unternehmen (27 Prozent) möchte künftig ihre Lieferanten stärker diversifizieren. Durch ein größeres Lieferantennetzwerk oder die stärkere regionale Verteilung von Lieferanten kann die Resilienz in Lieferketten erhöht werden – steigen aber auch die Kosten für die internationale Arbeitsteilung. Insbesondere in EU-Staaten (sowie Schweiz, Norwegen, UK) (34 Prozent), der Eurozone (30 Prozent) und Nordamerika (32 Prozent) setzen die Unternehmen auf eine stärkere Diversifizierung auf Lieferantenseite. Die Diversifizierung von Absatzmärkten spielt hingegen eine etwas geringere Rolle (weltweit 15 Prozent).

Anhand verschiedener Faktoren wird deutlich, dass die Unternehmen Rückschritte und neue Hürden bei der internationalen Arbeitsteilung erwarten. Gut ein Viertel (26 Prozent) der Unternehmen geht von einer Zunahme von Protektionismus bzw. einer autarken Nationalökonomie von Staaten aus, 27 Prozent erwarten eine wirtschaftliche Entkopplung von Weltregionen. Dabei sind die Unternehmen zur Diversifizierung ihrer Lieferketten auf offene Märkte und internationale Kooperation angewiesen. Auch hier sind die Unternehmen an chinesischen und russischen Standorten besonders besorgt: 56 bzw. 61 Prozent erwarten mehr Protektionismus und 49 bzw. 48 Prozent eine Entkopplung der Weltregionen. Unternehmen in Süd- und Mittelamerika sowie Subsahara-Afrika und der MENA-Region nehmen die Tendenzen zu mehr Protektionismus (21 bzw. 18 Prozent) und wirtschaftlicher Entkopplung (jeweils 20 Prozent) etwas seltener wahr.

Mit einer Veränderung der internationalen Arbeitsteilung geht die Entscheidung von Unternehmen einher, ihre Niederlassungen oder Produktionen möglicherweise an andere Standorte zu verlagern. 22 Prozent der deutschen Unternehmen weltweit erwägen an neue Standorte zu verlagern, 16 Prozent planen konkret Niederlassungen oder Produktionsstätten näher an den europäischen oder deutschen Heimatmarkt zu verlegen. Angesichts der hohen Kosten, die mit einem Aufbau von neuen Standorten verbunden ist, muss der Anteil der Unternehmen mit diesen Plänen als durchaus hoch eingestuft werden. In China plant immerhin jedes achte deutsche Unternehmen und in den USA nur jedes 20. deutsche Unternehmen eine Verlagerung näher an den europäischen bzw. deutschen Heimatmarkt.

Die Weltregionen im Spotlight

Europa

Innerhalb Europas sind die **Konjunkturexpektanzen** der Unternehmen überwiegend negativ. Die wirtschaftlichen Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine machen sich durch die geographische Nähe besonders bei den Unternehmen in dieser Region bemerkbar. Im Vergleich zu anderen Regionen trüben sich die Erwartungen gegenüber der Vorumfrage am deutlichsten ein. Grund sind vor allem gestiegene Energiepreise und Rohstoffpreise, welche die Unternehmen im Euroraum häufiger als im weltweiten Schnitt als Risiko nennen.

Top Risiken Eurozone

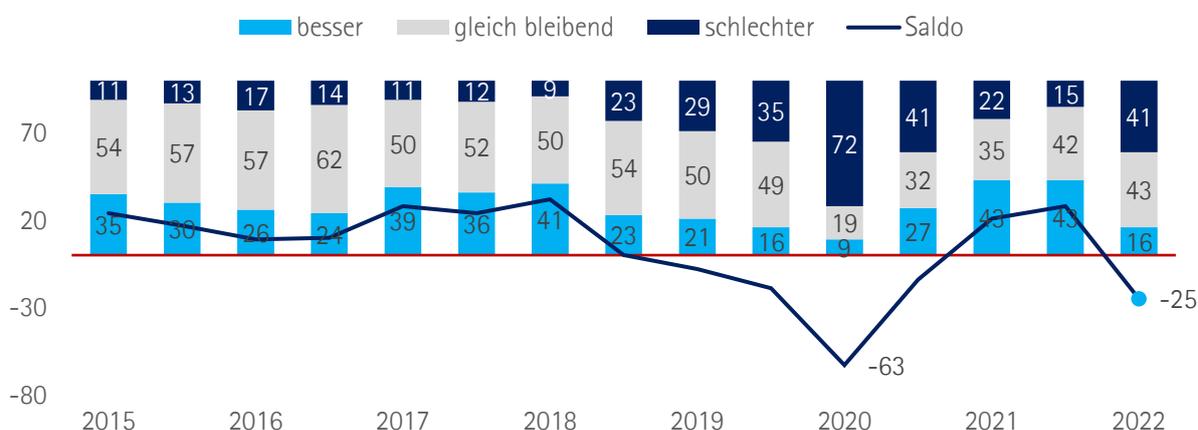
- 60% Rohstoffpreise
- 60% Energiepreise
- 43% Fachkräftemangel

16 Prozent der Unternehmen im Euroraum erwarten eine Verbesserung der Konjunktur in den kommenden zwölf Monaten, zwei von fünf rechnen mit einer Eintrübung (Saldo minus 25 Punkte). In der Gruppe der sonstigen EU-Länder (sowie Schweiz, Vereinigtes Königreich, Norwegen) gehen 16 Prozent von einer Verbesserung und 47 Prozent von einer Verschlechterung aus (Saldo minus 31 Punkte).

Analog zu den trüben Konjunkturexpektanzen sinken auch die Erwartungen an die **Entwicklung der eigenen Geschäfte**. 36 Prozent der Unternehmen mit Niederlassungen in der Eurozone und 39 Prozent der Unternehmen in weiteren EU-Staaten erwarten in den kommenden zwölf Monaten eine positive Geschäftsentwicklung. In der Eurozone gehen mit 19 Prozent etwas mehr Unternehmen hingegen von einer Verschlechterung aus (Saldo 17 Punkte) als in den sonstigen EU-Staaten mit 14 Prozent (Saldo 25 Punkte). Die Geschäftserwartungen liegen somit unter dem globalen Durchschnitt. In der Eurozone planen 34 Prozent der Unternehmen ihre **Investitionen** auszuweiten, 19 Prozent wollen sie verringern (Saldo 15 Punkte). In den restlichen Ländern der EU wollen 36 Prozent Investitionen in den kommenden Monaten steigern und 14 Prozent reduzieren (Saldo 22 Punkte). Die **Beschäftigungsabsichten** der Unternehmen sinken auf 23 (Eurozone) bzw. 33 Punkte (sonstige EU).

Im Vergleich zum Herbst 2021 verschlechtert sich die **Geschäftslage** – die Unternehmen mit einer guten Geschäftslage überwiegen allerdings noch deutlich. 46 Prozent der Unternehmen in der Eurozone machen aktuell gute Geschäfte, nur jedes zehnte schlechte (Saldo 36 Punkte). Im Rest der EU machen 55 Prozent der Unternehmen gute Geschäfte und nur sechs Prozent schlechte (Saldo 49 Punkte),

Konjunkturexpektanzen in der Eurozone



Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei

Die **Konjunkturerwartungen** der Unternehmen in Ost- und Südosteuropa sind sehr negativ.¹ Lediglich zwölf Prozent der Unternehmen erwarten in den kommenden Monaten eine Verbesserung; 54 Prozent gehen von einer Verschlechterung der Wirtschaft an ihren Standorten aus (Saldo minus 42 Punkte). Zum einen sind die konjunkturellen Aussichten in Russland (Saldo minus 78 Punkte) und Belarus (Saldo minus 93 Punkte) aufgrund der verhängten Sanktionen und daraus resultierenden wirtschaftlichen Entflechtung von vielen Ländern besonders negativ. Zum anderen sind die weiteren Staaten der Region aufgrund ihrer geographischen Nähe – ähnlich wie in der EU und in der Eurozone – besonders von den wirtschaftlichen Folgen des russischen Kriegs betroffen.

Top Risiken Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei

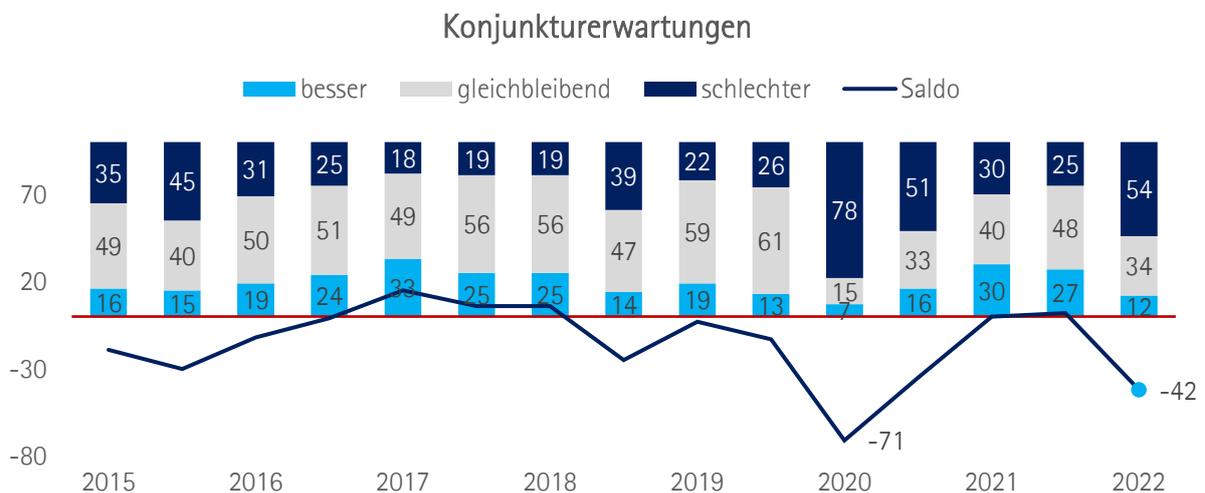
47% Rohstoffpreise

47% Energiepreise

39% wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Mit Blick auf die **Geschäftserwartungen** halten sich positive und negative Stimmen beinahe die Waage. 30 Prozent der Unternehmen in der Region gehen von einer besseren und 27 Prozent von einer schlechteren Entwicklung der eigenen Geschäfte aus (Saldo drei Punkte).

Die **Investitionsabsichten** der ost- und südosteuropäischen Staaten sind im weltweiten Vergleich am geringsten und schrumpfen im Vergleich zur Vorumfrage am deutlichsten. 30 Prozent mit steigenden Investitionsplänen stehen 29 Prozent mit geringeren Investitionsplänen gegenüber (Saldo ein Punkt). Geprägt sind die negativen Investitionsabsichten insbesondere von Unternehmen in Russland (Saldo minus 60 Punkte) und Belarus (Saldo minus 70 Punkte). Hier macht sich die Verunsicherung über die künftige Entwicklung der Standorte vor dem Hintergrund der verhängten Sanktionen bemerkbar. Auch die **Beschäftigungspläne** sinken am deutlichsten im Vergleich zum Herbst 2021: 32 Prozent wollen mehr Personal einstellen, 19 Prozent weniger (Saldo 13 Punkte nach zuvor 41 Punkten).



¹ In dieser Umfrage sind keine Ergebnisse aus der Ukraine – sonst Teil dieser Ländergruppe – erfasst. Daher sind die Ergebnisse nicht vollständig mit denen der Vorumfrage vergleichbar.

Russland

Angesichts der verhängten Sanktionen gegen Russland als Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine sind die Erwartungen der Unternehmen an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes extrem negativ. Keines der deutschen Unternehmen vor Ort erwartet eine Verbesserung, 78 Prozent der Betriebe erwarten eine Verschlechterung. Der Saldo aus besser- und schlechter-Beurteilungen liegt damit bei historisch niedrigen minus 78 Punkten. Analog dazu sinken die Erwartungen der Unternehmen an ihre eigenen Geschäfte auf minus 61 Saldopunkte, die Investitionsabsichten sinken auf minus 67 Saldopunkte. In den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (65 Prozent), Handelsbarrieren bzw. der Bevorzugung einheimischer Unternehmen (57 Prozent) und der Nachfrage (57 Prozent) sehen die Unternehmen die größten Geschäftsrisiken.

Türkei

In der Türkei rechnen lediglich 13 Prozent mit einer positiven konjunkturellen Entwicklung des Landes, mehr als die Hälfte der Unternehmen geht von einer Eintrübung der türkischen Wirtschaftsleistung aus (Saldo minus 39 Punkte). Deutlich optimistischer werden allerdings die Erwartungen für das eigene Geschäft eingeschätzt: 34 Prozent mit positiven Erwartungen stehen lediglich 17 Prozent mit negativen Erwartungen gegenüber (Saldo 17 Punkte). Angesichts der dominierenden Risiken in der Türkei – Wechselkursrisiko (74 Prozent), Rohstoffpreise (68 Prozent), Energiepreise (64 Prozent) – zeigen sich die deutschen Unternehmen am Bosphorus damit recht robust.

Nordamerika

Einzig in Nordamerika überwiegen die Stimmen der Unternehmen, die in den kommenden Monaten von einer positiven **Entwicklung der Wirtschaftsleistung** ausgehen. 36 Prozent erwarten eine Verbesserung, 22 Prozent eine Verschlechterung (Saldo 14 Punkte). Zwar sinkt der Saldo im Vergleich zur Vorumfrage. Dennoch: So positiv wird die Konjunktur derzeit in keiner anderen Region von den deutschen Unternehmen eingeschätzt. Die aktuellen Entwicklungen in der Weltwirtschaft beeinflussen die Wirtschaft der USA sowie von Kanada und Mexiko weniger negativ als in anderen Regionen.

Top Risiken Nordamerika

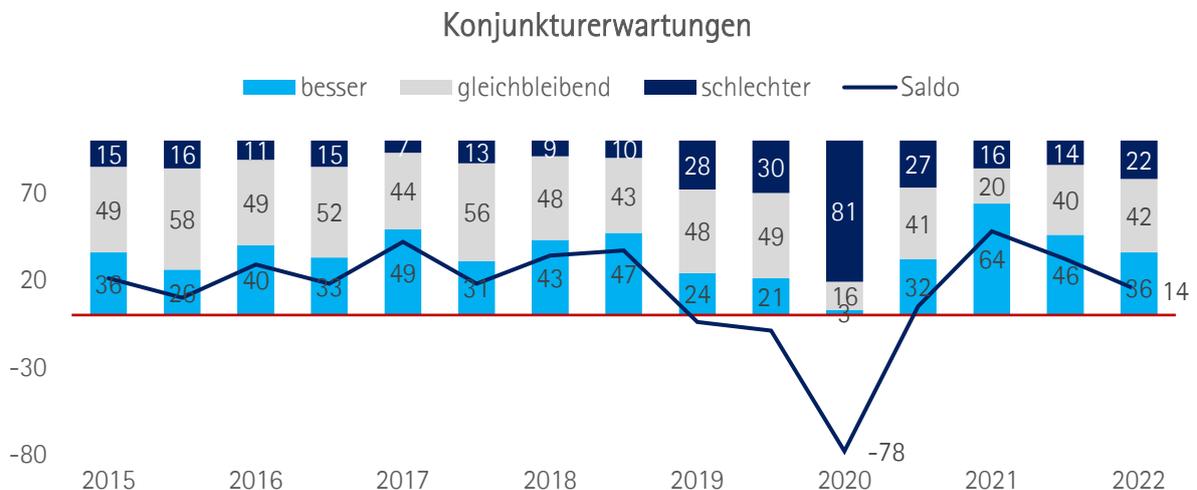
55% Rohstoffpreise

49% wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

32% Nachfrage und 32% Fachkräftemangel

Der positive Blick auf die Konjunktur spiegelt sich auch in den **Erwartungen für die eigenen Geschäfte** wider: 65 Prozent der Unternehmen in Nordamerika gehen von einer Verbesserung ihrer Geschäfte aus, lediglich sechs Prozent von einer Verschlechterung (Saldo 59 Punkte). Damit steigen die Geschäftserwartungen im Vergleich zur Vorumfrage und sind dort aktuell so positiv wie in keiner anderen Region. Dies zeigt sich auch in den **Investitionsabsichten** der Unternehmen, die im Vergleich zur Vorumfrage zwar leicht sinken, mit einem Saldo von 34 Punkten aktuell weltweit aber am höchsten sind. Die **Beschäftigungsabsichten** bleiben beinahe konstant (Saldo 41 nach zuvor 40 Punkten) – ebenfalls weltweit der höchste Wert.

57 Prozent der Unternehmen in Nordamerika geben eine gute **Geschäftslage** an – so viele wie in keiner anderen Region – und nur 8 Prozent eine schlechte (Saldo 49 Punkte). Somit verbessert sich die Geschäftssituation der Unternehmen an ihren nordamerikanischen Standorten im Vergleich zum Herbst merklich.



Süd- und Mittelamerika

In Süd- und Mittelamerika gehen 29 Prozent der Unternehmen von einer Verbesserung der **Wirtschaftsleistung** in der Region aus, 30 Prozent von einer Verschlechterung (Saldo minus 1 Punkt). Zwar ist der resultierende Saldo noch leicht im negativen Bereich, positive und negative Stimmen halten sich aber beinahe die Waage. Die Region ist die einzige, in der Unternehmen von einer wieder kräftigeren Wirtschaftsentwicklung als in der Vorumfrage (Herbst 2021: Saldo minus 17 Punkte) ausgehen. 41 Prozent rechnen mit keiner Veränderung.

Top Risiken Süd- und Mittelamerika

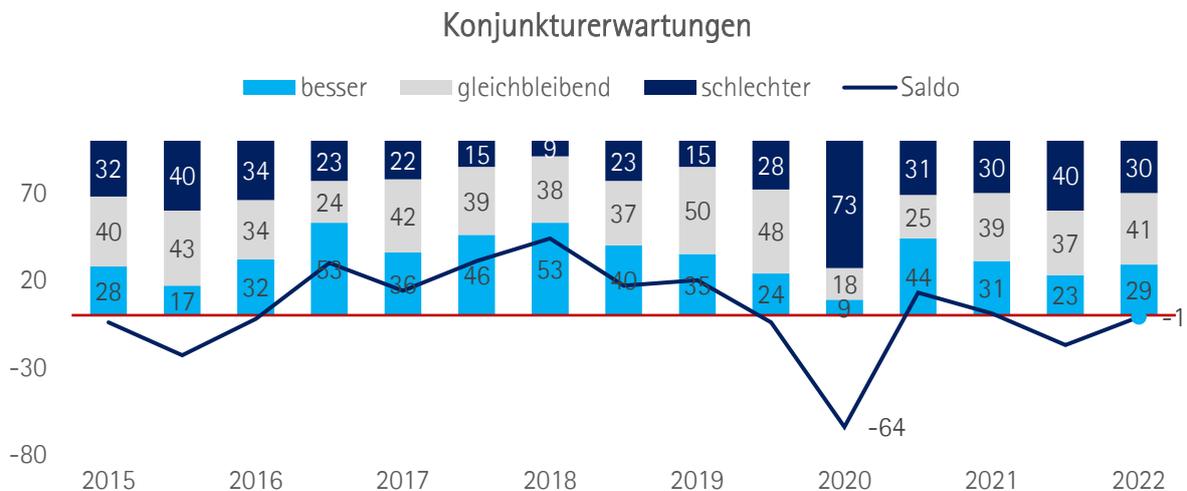
57% wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

41% Rohstoffpreise

34% Nachfrage

Infolgedessen steigen auch die **Geschäftserwartungen**: 55 Prozent erwarten in den kommenden Monaten bessere und zehn Prozent schlechtere Geschäfte (Saldo 45 Punkte). Nach Nordamerika ist dies die einzige Region, in der die Geschäftserwartungen der Unternehmen im Vergleich zur Vorumfrage steigen. Analog macht sich dies durch expansivere **Investitions- und Beschäftigungspläne** der Unternehmen bemerkbar. 39 Prozent der Unternehmen wollen ihre Investitionen steigern, jedes zehnte möchte sie verringern (Saldo 29 nach zuvor 16 Punkte). 30 Prozent wollen mehr Personal einstellen, neun Prozent planen Personal abzubauen (Saldo 21 nach zuvor 19 Punkte). Die Unternehmen profitieren insgesamt von der wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Pandemie.

Die **Geschäftslage** hat sich im Vergleich zu anderen Regionen gegenüber der Vorumfrage sogar am meisten verbessert: 44 Prozent berichten aktuell von guten und zwölf Prozent von schlechten Geschäften (Saldo 32 Punkte). Neben Nordamerika ist es die einzige Region, in der Unternehmen eine bessere Geschäftslage als zuvor angeben.



Asien-Pazifik-Raum (ohne China)

Im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) halten sich die Unternehmen, die von einer verbesserten **konjunkturellen Lage** in den kommenden zwölf Monaten ausgehen, und solchen die mit einer Verschlechterung rechnen, die Waage: jeweils ein Viertel (Saldo null Punkte). Jedes zweite Unternehmen rechnet hingegen mit einer gleichbleibenden Wirtschaftsentwicklung.

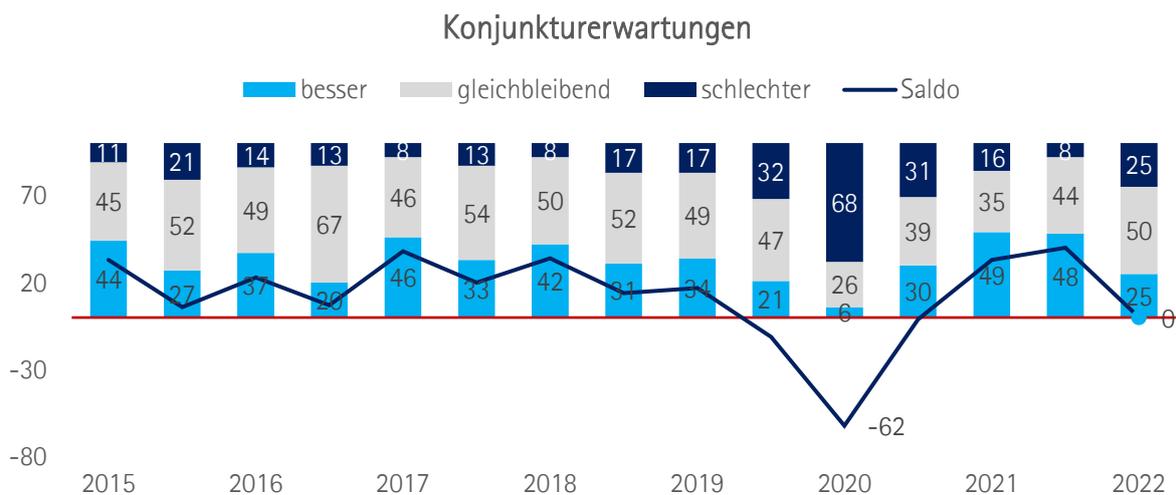
Top Risiken Asien-Pazifik-Raum

53% Rohstoffpreise
42% Energiepreise
39% Wechselkurs

Die **Erwartungen** mit Blick auf die Entwicklung der eigenen Geschäfte sind allerdings noch optimistischer: 47 Prozent erwarten bessere, 12 Prozent erwarten schlechtere Geschäfte (Saldo 35 Punkte). Zwar können sich die noch positiveren Erwartungen aus dem Herbst 2021 nicht verstetigen, die Unternehmen schätzen die kommenden zwölf Monate im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) aber deutlich optimistischer ein als Unternehmen in China (Saldo drei Punkte).

Die **Investitionsabsichten** der Unternehmen in dieser Region sind etwas höher als im weltweiten Durchschnitt: Ein Drittel der Betriebe plant seine Investitionsausgaben in den kommenden Monaten zu erhöhen, nur zwölf Prozent wollen sie senken (Saldo 21 Punkte). Die **Beschäftigungsabsichten** sinken im Vergleich zur Vorumfrage nur leicht: 42 Prozent der Unternehmen wollen Personal aufbauen, acht Prozent wollen den Personalbestand verringern (Saldo 34 Punkte).

Die Beurteilung der aktuellen **Geschäftslage** in der Region bleibt gegenüber der Vorumfrage stabil: 45 Prozent der Unternehmen haben gute, 11 Prozent haben schlechte Geschäfte (Saldo gleichbleibend bei 34 Punkte).



Greater China

An ihren chinesischen Standorten (China, Hongkong, Taiwan) senken die Unternehmen ihre **Konjunkturerwartungen** deutlich. Nur 14 Prozent gehen von einer Verbesserung aus, 44 Prozent von einer Verschlechterung (Saldo minus 30 Punkte). 42 Prozent rechnen mit keiner Veränderung der Wirtschaftsleistung. Im Vergleich zum Rest Asien sind die Aussichten der deutschen Unternehmen in China damit deutlich pessimistischer. Auch gegenüber anderen Regionen fallen die Erwartungen durch die coronabedingten Lockdowns auffallend schlecht aus.

Top Risiken Greater China

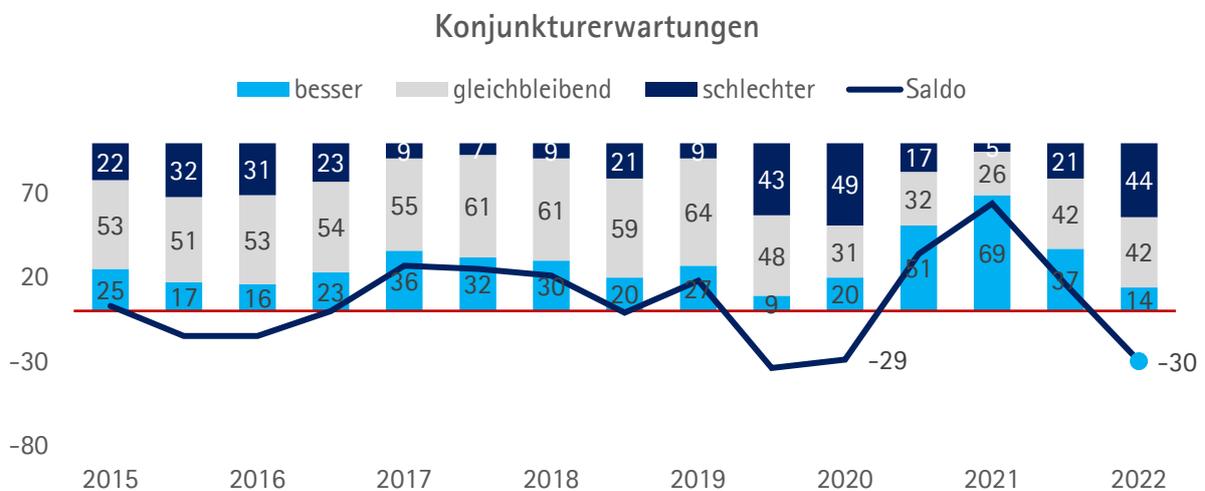
60% Rohstoffpreise

49% Nachfrage

45% wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Analog dazu sind die Erwartungen für die **Entwicklung der eigenen Geschäfte** ebenfalls sehr verhalten: 26 Prozent gehen von einer Verbesserung aus (so wenige wie nirgendwo anders), 23 Prozent von einer Verschlechterung (Saldo drei Punkte). Folglich schrauben die Unternehmen auch ihre **Investitions- und Beschäftigungsabsichten** zurück. Ein Drittel der Unternehmen möchte seine Investitionen ausweiten, 31 Prozent jedoch verringern (Saldo zwei Punkte). Nach der Region Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Türkei, Russland sind die Investitionsabsichten im Reich der Mitte damit am geringsten. 37 Prozent mit Plänen Personal aufzustocken stehen elf Prozent mit Plänen Personal abzubauen gegenüber (Saldo 26 Punkte).

Auch die aktuelle **Geschäftslage** wird von Unternehmen an ihren chinesischen Standorten im Vergleich zu anderen Regionen am schlechtesten beurteilt. 42 Prozent schätzen ihre derzeitigen Geschäfte gut ein, 17 Prozent schlecht (Saldo 25 Punkte).



Subsahara-Afrika, Nah- und Mittelost

In der Region Subsahara-Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten gehen 27 Prozent von einer Verbesserung der **Konjunktur** in ihren jeweiligen Ländern aus, 32 Prozent von einer Verschlechterung (Saldo minus fünf Punkte). 41 Prozent rechnen mit keiner Veränderung. Mit Blick auf die anderen Regionen liegen die Konjunkturerwartungen damit im oberen Mittelfeld.

Mit deutlichen Verlusten zur Vorumfrage, aber noch ebenso deutlich im positiven Bereich liegen die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen.

43 Prozent rechnen mit einer Verbesserung ihrer Geschäfte, elf Prozent mit einer Verschlechterung in den kommenden zwölf Monaten (Saldo 32 Punkte). Die **Investitions- und Beschäftigungsabsichten** sind gedämpft. 34 Prozent wollen höhere Investitionen tätigen, 20 Prozent geringere (Saldo 14 Punkte). 32 Prozent wollen Personal aufbauen, 13 Prozent planen die Anzahl der Beschäftigten verringern (Saldo 19 Punkte).

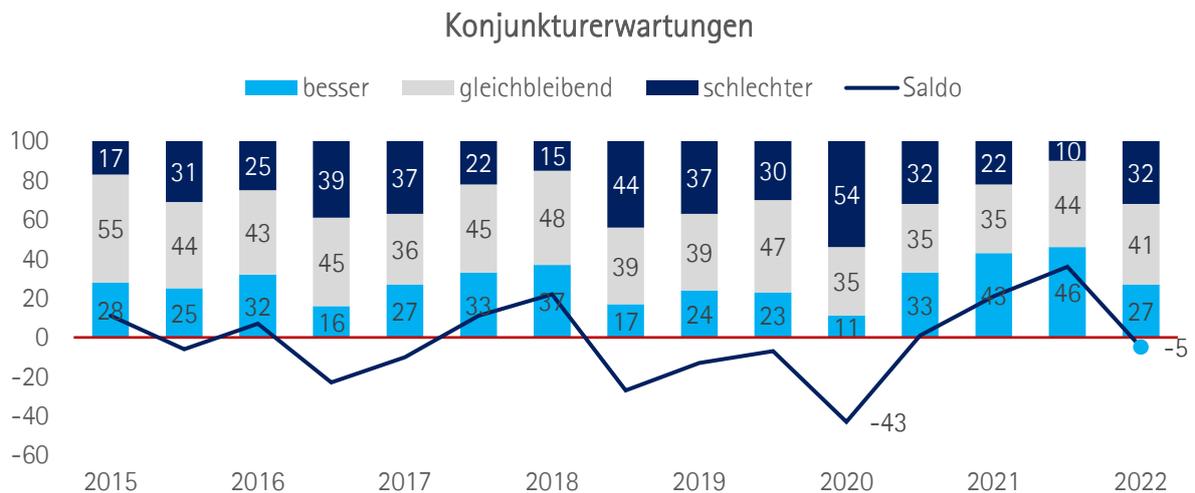
Die **aktuellen Geschäfte** laufen etwas weniger gut als noch im Herbst: 42 Prozent haben derzeit gute und zwölf Prozent haben schlechte Geschäfte (Saldo 30 Punkte).

Top Risiken Subsahara-Afrika, Nah- und Mittelost

55% Rohstoffpreise

50% Wechselkurs

43% wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen



Statistischer Anhang

Auswertung der Ergebnisse nach Ländern

Jeweils Saldo aus gut/besser-Antworten minus schlecht/geringer-Antworten

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäfti- gungsabsichten
Welt gesamt	37	27	-16	18	27
Eurozone	36	17	-25	15	23
Deutschland	34	15	-22	22	23
Estland	40	10	-37	3	30
Finnland	48	22	-44	12	48
Frankreich	22	35	22	29	35
Griechenland	23	6	-32	-3	9
Italien	51	13	-28	-1	28
Lettland	41	5	-45	0	23
Litauen	30	11	-67	23	19
Portugal	22	17	-35	-27	-9
Slowakei	31	-7	-47	8	12
Slowenien	52	28	-14	10	28
Spanien	32	27	-36	16	28
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK	49	25	-31	22	33
Bulgarien	48	13	-28	25	32
Dänemark	52	26	-13	24	17
Kroatien	46	41	10	23	35
Norwegen	45	34	-18	20	29
Polen	60	14	-51	21	36
Rumänien	41	30	-41	6	21
Schweden	48	39	-3	30	48
Schweiz	60	23	3	22	33
Tschechien	41	5	-46	5	24
Ungarn	36	12	-51	7	18
Großbritannien u. Nordirland (UK)	42	42	-17	37	39
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei	45	3	-42	1	13
Albanien	18	21	-15	26	8
Aserbaidshan	14	30	4	14	15
Bosnien und Herzegowina	37	48	0	21	44
Kosovo	38	34	9	40	41
Nordmazedonien	16	-5	-56	0	18
Russische Föderation	0	-61	-78	-60	-57
Serbien	51	41	-26	36	45
Türkei	71	17	-39	1	33
Weißrussland (Belarus)	0	-74	-93	-70	-58
Asien/Pazifik (ohne China)	34	35	0	21	34
Australien	58	63	38	27	58

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäfti- gungsabsichten
Indonesien	50	73	35	29	46
Japan	23	13	-30	13	34
Kasachstan	37	15	-11	-4	6
Korea (Süd)	31	35	1	11	19
Malaysia	39	35	4	33	48
Neuseeland	29	43	-39	4	39
Philippinen	37	53	33	31	40
Singapur	42	31	4	31	53
Thailand	37	34	0	41	37
Vietnam	32	57	43	42	43
Greater China	25	3	-30	2	26
China, VR	24	1	-34	0	25
Hongkong	19	0	-16	5	23
Taiwan	41	17	5	32	38
Nordamerika (=USA, Kanada, Mexiko)	49	59	14	34	41
Kanada	41	32	5	-14	36
Mexiko	30	43	-21	23	29
USA	55	68	27	44	45
Süd- und Mittelamerika	32	45	-1	29	21
Argentinien	17	23	-48	6	17
Bolivien	-6	43	-14	15	-9
Brasilien	44	41	9	34	25
Chile	54	33	-71	27	38
Ecuador	18	63	10	30	9
Kolumbien	44	76	26	37	33
Panama	43	48	48	39	29
Paraguay	59	78	-15	48	56
Peru	16	-3	-65	-23	0
Uruguay	52	62	51	61	28
Venezuela	-38	38	24	33	-20
Afrika, Nah- und Mittelost	30	32	-5	14	19
Ägypten	33	26	-13	10	8
Algerien	-23	18	5	21	-5
Iran	36	34	-20	16	25
Kenia	37	22	-37	25	19
Saudi-Arabien	40	50	63	23	40
Südafrika	8	20	-38	8	33
Tunesien	9	35	-30	18	16
Vereinigte Arabische Emirate	50	46	33	17	33

Fragebogen

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige geschäftliche Lage Ihres Unternehmens?

- gut
- befriedigend
- schlecht

Welche geschäftliche Entwicklung erwarten Sie für Ihr Unternehmen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie beurteilen Sie die konjunkturelle Entwicklung vor Ort in den nächsten zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer
- keine Investitionen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachantworten möglich)

- Nachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energiepreise
- Rohstoffpreise
- Rechtssicherheit
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- Infrastruktur
- Handelsbarrieren / Bevorzugung einheimischer Unternehmen

Welche kurzfristigen wirtschaftlichen Folgen der russischen Invasion in die Ukraine spüren Sie oder erwarten Sie für Ihr Unternehmen? (Mehrfachantworten möglich)

- Höhere Kosten für Energie, Rohstoffe und Vorleistungen
- Fehlende Rohstoffe und Vorleistungen
- Störungen in der Lieferkette und Logistik
- Zunahme von Handelshemmnissen
- Erhöhte Rechtsunsicherheit
- Produktionsstopp/Geringere Produktion
- Höhere Produktion
- Verringerung der Auftragseingänge
- Zunahme der Auftragseingänge
- Verlust von Geschäftspartnern, Abbruch von Geschäftsbeziehungen
- Hindernisse im Zahlungsverkehr
- Keine
- Sonstiges (Freitext)

Welche langfristigen Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung erwarten Sie? (Mehrfachantworten möglich)

- Veränderung von Transportwegen
- Veränderte Risikobewertung von Standorten
- Beendigung oder Einschränkungen von Geschäftsbeziehungen in bestimmten Regionen
- Verlagerung von Niederlassungen/Produktion an neue Standorte
- Verlagerung von Niederlassungen/Produktion näher an deutschen/europäischen Heimatmarkt
- Zunahme von politischem Einfluss auf Lieferketten (z.B. durch Gesetze, Handelshemmnisse)
- Zunahme von Protektionismus / autarker Nationalökonomie
- Stärkere Diversifizierung von Lieferanten
- Stärkere Diversifizierung von Absatzmärkten
- Wirtschaftliche Entkopplung von Weltregionen
- Keine Veränderungen
- Sonstiges (Freitext)

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Frühjahr 2022 die Rückmeldungen von weltweit mehr als 4.200 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug. Die Umfrage wurde vom 25. März bis zum 22. April 2022 durchgeführt.

41 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 37 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 22 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern machen 49 Prozent der Antworten aus. 23 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 28 Prozent der Befragten weltweit.

Impressum

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte

Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Brüssel

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der Europäischen Union

19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles

Telefon : +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion

Carolin Herweg, Melanie Vogelbach

Grafik

Friedemann Encke, Sebastian Hirsch, Sebastian Titze

Bildnachweis

<https://www.gettyimages.de/>

Stand

Mai 2022